

Fotokopie

E: 11.06.12



Eisenbahn-Bundesamt

Außenstelle  
Hannover  
Herschelstraße 3  
30159 Hannover  
Az: 58101 Pap 158/09  
(581ppw/002-2009#018)  
Datum: 07.06.2012

### Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung des Planfeststellungsbeschlusses vom 16.12.2011 (Az. 58101 Pap 158/09 (581ppw/002-2009#018)) nach § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für das Vorhaben „Seehafenhinterlandverkehr (SHHV), Ertüchtigung des Knotens Bremen, Bremen Hauptbahnhof Verlängerung Gleis 1 an den Strecken 1401 Bremen-Sebaldsbrück - Bremen Rbf, 1500 Oldenburg-Hbf - Bremen-Hbf, 1740 Wunstorf - Bremerhaven-Seehafen, km 4,213 bis 5,747 (Strecke 1401)“ ordne ich gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) an.

### Begründung

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung wurde von der DB Netz AG (Vorhabenträgerin), Theodor-Heuss-Allee 7, 60486 Frankfurt, vertreten durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Volker Maaß, cmk Rechtsanwälte, Großer Burstah 42, 20457 Hamburg, mit Schreiben vom 07.05.2012 beim Eisenbahn-Bundesamt beantragt.

Beim Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen ist noch eine gegen den Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes vom 16.12.2011 (Az. 58101 Pap 158/09 (581ppw/002-2009#018)) gerichtete Anfechtungsklage mit aufschiebender Wirkung anhängig.

Sofern ein Dritter einen Rechtsbehelf gegen einen an einen anderen gerichteten, diesen begünstigenden Verwaltungsakt einlegt, kann gemäß § 80a Abs. 1 Nr. 1 VwGO auf Antrag des Begünstigten nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO die sofortige Vollziehung angeordnet werden. Gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO entfällt die aufschiebende Wirkung, sofern die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten von der den Verwaltungsakt erlassenden Behörde besonders angeordnet wird.



Ein besonderes öffentliches Interesse an der Anordnung der sofortigen Vollziehung besteht hier aufgrund der offensichtlich fehlenden Erfolgsaussichten des Rechtsbehelfes, der besonderen Dringlichkeit der Verwirklichung des Planfeststellungsbeschlusses, der großen Störungsanfälligkeit der existierenden Infrastruktur sowie des Schutzes der Anlieger vor Lärmemissionen.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes liegt ein besonderes öffentliches Interesse dann vor, wenn sich z. B. im Verfahren auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung erkennen lässt, dass die gegen den Verwaltungsakt eingelegten Rechtsbehelfe im Ergebnis keine Aussicht auf Erfolg haben können. An der alsbaldigen Vollziehung eines vom Betroffenen offensichtlich zu Unrecht angegriffenen Verwaltungsaktes besteht in aller Regel ein besonderes öffentliches Interesse, wie sich umgekehrt das überwiegende Interesse des Betroffenen an der Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung seines Rechtsbehelfes in aller Regel schon aus dem Umstand ergibt, dass der Rechtsbehelf offensichtlich begründet ist (BVerwG, Beschluss vom 29.04.1974 – IV C 21/74, NJW 1974, 1294, 1295, Juris, Rn. 7).

Die noch anhängige Klage ist offenkundig unbegründet. Der Kläger begehrt mit seinem Hauptantrag die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses. Gemessen an der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (zuletzt Urteil vom 15.12.2011, 7 A 11.10, Juris, Rn. 17) scheidet die Möglichkeit, der angefochtene Planfeststellungsbeschluss leide an Mängeln, die seine Aufhebung rechtfertigen (§ 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO), offenkundig aus. In dem zitierten Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes rügte die Klägerin allein fehlende Maßnahmen des aktiven Schallschutzes. Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichtes begründen Lärmemissionen eines planfestgestellten Vorhabens, die grundsätzlich durch Schutzauflagen behoben werden können, nur einen Anspruch auf Planergänzung, der im Wege einer Verpflichtungsklage durchzusetzen ist. Eine Planaufhebung komme nur in Betracht, wenn das Fehlen notwendiger Schutzauflagen ausnahmsweise so großes Gewicht hat, dass davon die Ausgewogenheit der Gesamtplanung oder eines wesentlichen Planungsteils betroffen ist (BVerwG a.a.O. m.w.N.). Daran fehlte es auch hier im vorliegenden Fall. Der Kläger kann nicht annehmen, die Planfeststellungsbehörde hätte in Kenntnis der von ihm gerügten Defizite im Bereich des aktiven Lärmschutzes eine andere konzeptionelle Planungsentscheidung getroffen. Darüber hinaus liegen die vom Kläger gerügten Defizite überhaupt nicht vor. Die schalltechnische Untersuchung, auf der die Planfeststellung beruht, kommt nach Maßgabe des § 41 BImSchG und der 16. BImSchV zu dem zutreffenden Ergebnis, dass aufgrund der Beurteilungspegel an den Grundstücken Herderstraße 98 und 100, welche bereits östlich außerhalb der Baugrube, jenseits der Schwachhauser Heerstraße liegen, ein Anspruch auf aktiven oder passiven Lärmschutz nicht geltend gemacht werden kann. Die entsprechenden Beurteilungspegel sind in den Spalten 9 und 10 der Anlage 11.3 B (Seite 33) zu entnehmen. Das Gebäude des Klägers befindet sich ca. 280 m östlich der Herderstraße 100.



Wenn die schalltechnische Untersuchung für die Immissionsorte Herderstraße 98 und 100 zu dem Ergebnis kommt, dass Lärmschutzansprüche nicht bestehen, weil die Emissionen aus dem Bauabschnitt nicht zu einer Überschreitung der maßgeblichen Grenzwerte der 16. BImSchV führen, gilt dies aufgrund der genannten Entfernungen natürlich für das Objekt des Klägers erst recht. Die schalltechnische Untersuchung endet vor diesem Hintergrund unmittelbar östlich der Herderstraße 100 und unterzieht das Gebäude des Klägers zutreffend keiner gesonderten Berechnung. Die schalltechnische Untersuchung wurde voll umfänglich anhand der Vorgaben der „Hinweise zur Erstellung schalltechnischer Untersuchungen in der eisenbahnrechtlichen Planfeststellung von Neu- und Ausbaumaßnahmen von Schienenwegen“ der Beklagten vom 15.06.2009 (Fassung 01/2010) erstellt. Diese stellen den aktuellen fachlichen und, angesichts der laufenden Aktualisierung, auch rechtlichen Sachverstand in Bezug auf den zu gewährleistenden Schallschutz an Schienenwegen dar. Die Berücksichtigung der Emissionen ausschließlich aus dem Ausbauabschnitt entspricht dem.

Eine besondere Dringlichkeit der Verwirklichung eines Verwaltungsaktes kann sich auch aus zeitgebundenen, finanziellen Zuschüssen ergeben, die bei einer Verzögerung des Vorhabens entfallen (vgl. hierzu Sächsisches Obergerverwaltungsgericht, Beschluss vom 02.02.2012, F 7 B 278/11, Juris, Rn. 4; OVG Lüneburg, Beschluss vom 05.03.2008, 7 MS 114/07, Juris, Rn. 29). Hier besteht die besondere Dringlichkeit, weil das Vorhaben SHHV Bremen mit Mitteln aus der Sonderfinanzierung SV 27 finanziert wird, die notwendigerweise im Jahr 2013 verausgabt sein müssen. Daher ist eine sofortige Aufnahme bzw. Wiederaufnahme der Bauarbeiten erforderlich.

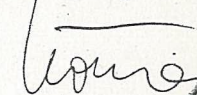
Ein besonderes öffentliches Interesse liegt auch darin, die derzeit immer wieder auftretenden, eklatanten Fahrplanabweichungen aufgrund des erhöhten Störungspotentials der existierenden Infrastruktur zu reduzieren. Durch die Realisierung des Vorhabens wird die Fahrplansicherheit deutlich erhöht; damit werden die Voraussetzungen für einen verlässlichen Schienenpersonennahverkehr geschaffen.

Schließlich liegt es im besonderen öffentlichen Interesse, die Anlieger vor unnötigen Lärmimmissionen zu schützen. Mit der Eröffnung des Jade-Weser-Ports im August 2012 werden auf der streitgegenständlichen Strecke verstärkt Containerzüge verkehren, welche zu einer Steigerung der Lärmemissionen an der Bestandsstrecke führen. Dies gilt unabhängig davon, ob das streitgegenständliche Vorhaben umgesetzt wird. Der Schutz der Anlieger setzt voraus, die Lärmschutzwände und den passiven Schallschutz zu errichten. Ohne die Anordnung der sofortigen Vollziehung können die für die Anwohner vorgesehenen aktiven und passiven Schallschutzmaßnahmen nicht umgesetzt werden. Die Zahl der Betroffenen ist so groß, dass auch insoweit ein besonderes öffentliches Interesse zu bejahen ist.



Die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage nach § 80 Abs. 5 Satz 1 (VwGO) gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss kann beim Gericht der Hauptsache, Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen, Am Wall 198, 28195 Bremen, gestellt und begründet werden.

Im Auftrag



(König)

